

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Vertheilung: Drag II., Telčská 18. • Telefon: 26793, 31469. • (Nachredaktion): 26797 • Postkassami: 57544

12. Jahrgang.

Donnerstag, 18. Febr. 1932

Nr. 42.

Prinz Oskar von Preußen Einheitskandidat der Harzburg- Parteien?

Berlin, 17. Febr. (Eigenbericht.) Der deutsche nationale Parteivorstand hat den ganzen Tag bis in die späten Abendstunden beraten, ohne zu einem Beschluß zu gelangen. An der Sitzung nahm auch Prinz Oskar von Preußen teil. Im Lager Hugenberg besteht die Absicht, den Harzburg-Parteien den Prinzen Oskar von Preußen als nationalen Einheitskandidaten vorzuschlagen. Der Prinz hat seine Zustimmung dazu bereits gegeben.

Streik der polnischen Bergarbeiter

Warschau, 17. Febr. Der für morgen angekündigte Bergarbeiterstreik im Krakauer und Dombrowaer Kohlenrevier ist bereits heute auf mehreren Gruben dieser beiden Reviere ausgebrochen. Am Krakauer Kohlenrevier sind heute ungefähr 3000 und im Dombrowaer 4000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Die Kohlenindustriellen haben heute den Beschluß gefaßt, auf der geforderten achtprozentigen Lohnerabsetzung zu beharren.

Frankreich erhöht das Militär- budget.

Paris, 17. Februar. Das Budget des Kriegsministeriums, das für das heutige Jahr (9 Monate) schon fertiggestellt wurde, weist 3.529.314.640 Franken für das französische Territorium und 1.331.563.290 Franken für die Verteidigung des überseeischen Gebietes auf.

Das Budget weist gegenüber dem Vorjahre eine vorübergehende Erhöhung um 3 Prozent auf. Diese Erhöhung motiviert der Generaldirektor in der Hauptsache mit der Durchführung von neuen Gesetzen betreffend die Armeeorganisation. Der Berichterstatter führt weiterhin aus, daß diese Aufwände den Anforderungen einer unbedingt notwendigen Sicherheit des Staates entsprechen. Der Effektivebestand des ausgebildeten Heeres in Frankreich, der im Jahre 1921 400.000 Mann ausmachte, wurde nunmehr auf 163.000 Mann, d. i. um 60 Prozent, herabgesetzt.

Die Gesamttonnage der Seestreitkräfte beträgt 621.000 Tonnen gegenüber 750.000 Tonnen im Jahre 1914. Zu Ende des Jahres 1931 besaß Frankreich infolge der überseeischen Kolonien 1687 Flugzeuge gegenüber einer Anzahl von 9427 Apparaten, die im Jahre 1924 festgelegt wurden.

Rußlands Rüstungsstand.

Genf, 17. Febr. Heute wurde die Mitteilung des Sowjetverbandes über den sowjetrussischen Rüstungsstand veröffentlicht. Der Ausweis führt in den Tabellen über den zahlenmäßigen Stand Landstreitkräfte in der Höhe von 504.303 Mann, Luftstreitkräfte von 28.658 und Seestreitkräfte von 29.039 Mann an, wozu noch die Kommando-Organen mit 37.700 Mann hinzukommen. Die übrigen militärisch organisierten Formationen zählen 62.510 Mann, die Zahl der gesamten Flugzeuge beträgt 750 mit einer Gesamtmotorleistung von 310.400 HP. Nach dem veröffentlichten Ausweis zählt die sowjetrussische Flotte 3 U-Boote, 2 Kreuzer, 17 Torpedoboote, 16 Unterseeboote u. a. mit einer Gesamttonnage von 160.890. Dazu kommt noch die Wrangelsflotte im Schwarzen Meer von 15 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 40.595. Für die Rote Armee wurden im Jahre 1931 1.290.000.000 Rubel, d. i. über 21 Milliarden Kronen ausgegeben.

Der tägliche Mord.

Arenzburg (Oberschlesien), 17. Febr. In Bantou wurde gestern abends bei Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten der Kommunist Wally erschossen. Zwischen jungen Leuten, die ihre Arbeitslosenunterstützung gebolt hatten, war es gegen 18 Uhr zu Streitigkeiten gekommen, in deren Verlauf ein Nationalsozialist einen Messerstoß in die Brust erhielt. Darauf entspann sich zwischen einer größeren Zahl von Nationalsozialisten und Kommunisten ein Kampf. Der Kommunist Wally flüchtete in seine Wohnung, wo er durch einen von der Straße abgegebenden Schuß getötet wurde.

Die höhere Schande:

Der Völkerbund entmannt sich selbst.

Appell an das „Ehrgefühl“ Japans. — Die „maßvolle und gerechte Aktion“ der Räuber.

Genf, 17. Febr. (Wolf.) In dem gestern der japanischen Regierung übermittelten Appell des Zwölferrates, der erst heute abends veröffentlicht werden soll, heißt es, wie wir zuverlässig erfahren, u. a.: Der Zwölferausschuß spricht den ernstlichen Wunsch aus, daß Japan eine verständliche und kluge Haltung einnehme, angesichts der Tatsache, daß es Mitglied des Völkerbundes und ständiges Mitglied des Völkerbundrates ist. Der Kodzschiki in Ostasien soll von der mit Zustimmung der beiden streitenden Parteien eingesetzten Kommission geprüft werden. Der Schanghaier Zwischenfall ist jedoch nach der Bildung der Kommission eingetreten. Er droht, den erzieherischen Verlauf der jetzt laufenden Abrüstungskonferenz zu gefährden. Dem Zwölferausschuß sind die Beschwerden Japans wohl bekannt. Er hat deshalb auf Japan, das in den letzten Monaten seine internationalen Verpflichtungen lokal gehalten hat, Vertrauen gesetzt. Der Zwölferausschuß kann jedoch nur tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß die japanische Regierung sich nicht in der Lage sieht, eine Methode der friedlichen Regelung innerhalb der Bestimmungen des Völkerbundes anzunehmen. Wir erwarten, daß Japan gegenüber der Weltöffentlichkeit nachweist, daß seine Aktion gerecht und maßvoll ist. Der Zwölferausschuß appelliert dringend an das Ehrgefühl Japans in der Erwartung, daß Japan seine Verpflichtungen anerkennt und das Vertrauen, das die Mächte der Welt auf Japan setzen, rechtfertigen wird.

Japanisches Ultimatum

fordert Zurückziehung der Truppen und Schließung der Schanghai-Befestigungen

Genf, 17. Febr. Ueber die in Schanghai von dem japanischen Gesandten in China Shigemitsu mit dem Vertreter der Mächte geführten Verhandlungen, die sich auf das morgen früh ablaufende japanische Ultimatum bezogen, werden hier folgende Mitteilungen aus japanischer Quelle bekannt:

Der japanische Gesandte in China, Shigemitsu, hatte nacheinander Unterredungen mit dem Gesandten von Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Italien, die aus Hankow nach Schanghai gekommen waren. Die Gesandten erklärten ihm, daß sie nicht nach Schanghai gekommen seien, um eine Intervention oder eine Vermittlung zwischen den Japanern und den Chinesen zu unternehmen. Shigemitsu wies darauf hin, daß die Japaner den interessierten Mächten anheimstellten, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, um die Zurückziehung der 19. Kantun-Armee, die die internationale Konzeption bedrohe, zu erreichen. Hierauf erwiderten die Vertreter der Mächte, daß sie sich an einem solchen gemeinsamen Schritt nicht ohne weiteres beteiligen könnten, da ihre Regierungen und auch die öffentliche Meinung ihrer Länder die Auffassung der japanischen Regierung immer weniger teilen könnten, und da die Mächte andererseits nicht bereit seien, zuzugeben, daß die

japanischen Truppen den Schutz der einzelnen Zonen der internationalen Konzeption übernehmen.

Angesichts der Haltung der Vertreter der Mächte konteriierte der japanische Gesandte mit dem Kommandierenden der Militärstreitkräfte, General Uyeda, und dem Kommandierenden der Flottenstreitkräfte, Admiral Nomura, über die zu treffenden Maßnahmen. Es wurde beschlossen, ein Ultimatum an den chinesischen Kommandierenden zu richten, das u. a. folgende Punkte enthält: 1. Zurückziehung der chinesischen Truppen in eine Entfernung von mehr als 20 Kilometer von Schanghai. 2. Schließung der Befestigungen in der Nähe von Schanghai und Verzicht auf Wiederaufbau.

Bei Erfüllung dieser Bedingungen würden die japanischen Truppen bereit sein, sich in alten Stellungen in der internationalen Zone in Schanghai zurückzuziehen.

Hundert japanische Krieger vor Schanghai.

Schanghai, 17. Febr. (Reuter.) Die Zahl der japanischen Flugzeuge in Schanghai hat 100 bedeutend überschritten, so daß, falls die Offensive beginnt, der größte Luftkampf seit dem Weltkrieg stattfinden wird.

Fehlgehende Granaten.

Schanghai, 17. Febr. Wie die Polizei mitteilt, schlugen gestern abends 45 Granaten in die internationale Zone ein, wobei vier Personen getötet und 14 verwundet wurden. Eines der verletzten englischen Besatzungsmitglieder des Dampfers „Socio“ ist seinen Verletzungen erlegen. Wie verlautet, werden wahrscheinlich die Japaner ihre militärischen Operationen bis zum Ende dieser Woche einstellen.

Japans Verantwortlichkeit vor der Weltöffentlichkeit.

Genf, 17. Febr. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht den Text des Appells der 12 neutralen Ratsmitglieder an Japan. In keinem Begleitschreiben an den hiesigen japanischen Delegierten erklärt Paul Boncour: Die 12 Ratsmitglieder hätten es für notwendig gehalten, in freundschaftlichem Geiste einen dringenden Appell an die japanische Regierung zu richten. Die Schlussätze des Dokuments lauten: Vor der Weltöffentlichkeit hat Japan die ungeheure Verantwortung, sich in seinen Beziehungen zu China gerecht und maßvoll zu zeigen. Indem sie an sein hohes Ehrgefühl appellieren, fordern die 12 Mitglieder des Rates auf, die Verpflichtungen anzuerkennen, die ihm seine besondere Lage sowie das Vertrauen, das die Nationen der Welt auf ihm als Teilnehmer an der Organisation und Aufrechterhaltung des Friedens entgegengebracht haben, auferlegen.

Der Zwölferrat ist heute Nachmittag zu einer erneuten Prüfung der Angelegenheit zusammengetreten.

Breitheit über Präsidentenwahl und über Reparationen.

Berlin, 17. Febr. Dr. Breitheid sprach gestern in Nürnberg u. a. zur Frage der Präsidentenwahl, wobei er erklärte, daß der Gedanke der Sozialdemokraten bei der bevorstehenden Wahl sei, auf jeden Fall den Sieg der Nationalsozialisten zu verhindern. Was die Reparationsfrage anbelangt, sei die Sozialdemokratie überzeugt, daß die Weltwirtschaftslage sich so entwickeln werde, daß Deutschland in Zukunft keine Reparationen mehr zu zahlen imstande sein werde. Die Partei hütet sich aber zu sagen, daß Deutschland nicht mehr zahlen wolle. Das würde eine Verzerrung des Youngplans bedeuten, wozu die Deutsche Sozialdemokratie ihre Hand nicht reichen werde.

Hindenburg oder Hitler

Die deutschen Arbeiter werden gut daran tun, sich in diesen Tagen einer Präsidentenwahl zu erinnern, die vor fast zwei Jahrzehnten im Jahre 1913 und in Frankreich stattgefunden hat. Für diese Präsidentenwahl, die in Frankreich ja nicht vom Volk, sondern von den Kammern vorgenommen wird, kandidierte die nationalistische Rechte den Lothringer Raymond Poincaré. Seit dem Sturz des Kabinetts Caillaux — De Selves, das im Marokko-Konflikt von 1911 seine friedfertige Gesinnung bewiesen hatte, war Poincaré Ministerpräsident und Außenminister; seine Politik hatte ihm den Ruf eines Kriegsherrn und Revanchepolitikers eingetragen. Seine Wahl mußte der Luftakt des lang erwarteten, immer wieder hinausgeschobenen europäischen Krieges werden. Poincaré — la guerre (Poincaré — der Krieg) war die Kampparole der französischen Sozialisten. Dennoch konnten sie sich zu einer Koalition mit der bürgerlichen Linken nicht entschließen. Ein gewisser Doktrinismus, wie er ja die Vorkriegs-Internationale auf weiter Strecke beherrschte, hielt die französischen Sozialisten davon ab, aus ihrer richtigen Erkenntnis der Gefahr, die Poincaré bedeutete, den taktisch richtigen Schluß zu ziehen. So wurde „Poincaré — la guerre“ Präsident der Republik. Das war 1913. Ein Jahr später tafelte und toastete Poincaré in Petersburg und noch ein paar Tage später war der Krieg da.

Die deutsche Sozialdemokratie hat das entscheidende Wort zur Präsidentenwahl noch nicht gesprochen. Aber alles, was sie durch ihre Presse und ihre Führer bisher erklärt hat, läßt vermuten, daß sie ihre Anhänger auffordert wird, am 13. März für den bisherigen Reichspräsidenten, den Generalfeldmarschall von Hindenburg zu stimmen. Das ist sicher kein leichter Entschluß für die Führer der Partei gewesen, wie es für die Arbeiter kein leichter Schritt sein wird, für Hindenburg an die Urne zu gehen. Denn der Mann, der sich als 68-jähriger Soldat der Republik zur Verfügung gestellt hat und als 77-jähriger Privatmann die Kandidatur für das erste Amt der Republik angenommen hat, steht der Gedankenwelt der deutschen Arbeiterklasse innerlich fremd gegenüber wie sie der seinen. Er ist im Grunde seines Wesens Soldat und autoritätsgläubiger Untertan geblieben. Aber er ist ein persönlich lauterer Mensch, ein gerader Charakter, der den beschworenen Eid auf die Verfassung sieben Jahre gehalten hat und ihn wieder halten wird. Er hat seit 1930 dem Ansturm der Faschisten auf die Verfassung das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit entgegengegeworfen. Daß er, den man 1925 aus dem stillen Hannover holte, damit er den Gegnern der Republik die Bahn zum Putzsch frei mache, heute der links geachtete und auf der Rechten verhasste Hüter der republikanischen Verfassung und Kandidat der republikanischen Mitte ist, spricht laut genug für ihn.

Könnte die deutsche Sozialdemokratie dem Kandidaten der konservativ-republikanischen Bourgeoisie mit Aussicht auf Erfolg einen sozialistischen Kandidaten entgegenstellen, sie würde natürlich keinen Augenblick zögern, die Kandidatur Hindenburgs zu bekämpfen. Wie aber die Dinge einmal liegen, würde eine sozialdemokratische Sonderkandidatur wahrscheinlich die Chancen Hindenburgs bis zur sicheren Niederlage mindern, aber damit nur den Sieg seines faschistischen Gegenkandidaten bewirken. Und dieser Gegenkandidat wird, wer immer es ist, der Mann Hitler sein!

Nur zwischen Hindenburg und Hitler haben die Deutschen am 13. März und in dem wahrscheinlich nötigen zweiten

Wahlgang zu entscheiden. Daß Hindenburg dem menschlich sympathischeren, daß der schlichte und pflichtgetreue Soldat alter Schule dem eifernen Kommandanten und gewissenlosen Abenteuerer Hitler vorzuziehen ist, wird niemandem zweifelhaft sein; was politisch zwischen den beiden zur Entscheidung steht, werden sich die deutschen Arbeiter leicht sagen können. Hindenburg bedeutet natürlich nicht ein Regime des sozialen Fortschritts und der energischen Niederkämpfung der faschistischen Reaktion. Die politische Richtung, die mit Hindenburg steht, ist das konservativ-kapitalistische, sogar stark militärisch gefärbte Regime Brüning-Groener. Aber diese Richtung ist verfassungstreu, sie will die Grundlagen der Demokratie nicht untergraben, sie will nicht den Bürgerkrieg und die gewalttätige Niederknüpfung der deutschen Arbeiterklasse; auf dem Boden der Demokratie wird das System Brüning zu stürzen sein, wenn die Stunde des Gegenangriffs der Arbeiter gekommen ist. Das System Hitler aber, das wäre Bruch der Verfassung, Beseitigung der demokratischen Grundrechte, Bürgerkrieg und Verflämung der Arbeiter durch die Diktatur bezahlter Banden.

Dabei bedeutet die Wahl für den deutschen Faschismus vielleicht schon die letzte Karte, die letzte Chance zu einem Sieg. Wird Hitler persönlich geschlagen, so trifft es die Reaktion moralisch härter, wird eine seiner Puppen geschlagen, so wird die Niederlage zahlenmäßig noch größer sein. In jedem Fall würde sie Hunderttausenden Mittläufern das Signal zur Abkehr von der faschistischen Front geben. In diesen Monaten reißt die psychologische Krise des deutschen Faschismus heran. Er muß entweder an die Macht gelangen oder er gerät auf die schiefe Ebene. Der Nationalsozialismus ist ja keine in die Jahrzehnte wirkende, tief begründete und langsam reisende Massenbewegung; er ist ein Raufsch, ein Fieber, die ihre Krise haben und mit einer schnellen und klaren Entscheidung enden müssen. Sollte da die deutsche Arbeiterklasse die geschichtliche Stunde versäumen, dem Faschismus einen tödlichen Schlag zu verfehlen? Wäre der Kandidat, den die bürgerliche Mitte präsentiert, menschlich und politisch unsympathischer als es der honorierte 84jährige Feldmarschall ist, die deutsche Sozialdemokratie möchte sich für ihn einsetzen, wenn dies die Chance für einen entscheidenden Sieg über den Faschismus wäre. Ob die Partei dabei im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufstellt, ist eine taktische Frage zweiten Ranges.

Die Sozialdemokratie wird natürlich auch in diesem Kampfe von den Kommunisten im Rücken angegriffen werden. Dieselben Herrschaften, die 1925 die Wahl Hindenburgs ermöglicht und die eines bürgerlichen Demokraten verhindert haben, stehen wie nicht anders zu erwarten diesmal auf Seiten Hitlers. Die Thälmann-Kandidatur ist eine hoffnungslose Zählkandidatur und nicht zwischen Leddy Thälmann und Hindenburg wird der Kampf von „Klasse zu Klasse“ ausgetragen werden, wie der kleine Reimann es darstellt,

sondern zwischen Hindenburg und Hitler wird darüber entschieden, ob die republikanisch-demokratische Staatsform oder der Faschismus siegen soll. Für Sozialisten kann es bei solcher Wahl keine Wahl geben!

Wie leben die Bezieher der Ernährungsarten?

Ist es Betrug am Staate, wenn Menschen sich wehren, zu verhungern?

Die Kontrollaktion der Brügger Bezirksbehörde, deren Ergebnis die Streichung von 861 Arbeitslosen und 632 Kurzarbeitern war, steht nun im Zeichen der politischen Auseinandersetzungen. Mit diesen Vorfällen will man beweisen, daß die Arbeitslosen den Staat ausbeuten. Es ist nun notwendig, daß wir uns klar werden, wie weit diese „Zauberungsaktion“, berechtigt war und wie weit die Bezirksbehörde mit den Streichungen recht hatte. Wenn man schon annimmt, daß die Brügger Bezirksbehörde hätte bedingungslos recht, was mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt wird und selbst unangenehm, es würden die Annahmen der Bürgerlichen, daß diese Erscheinungen in allen Gebieten anzutreffen sind, vollinhaltlich zutreffen, machte die zu Unrecht „vergeudete Summe“, auch nicht ein Prozentumsatz der 5 Millionen Kronen aus, wie die Steuervorenhaltungen des Bürgertums. Wenn man sich aber über die Streichungen klar werden will und wenn man vor allen die Berechtigung zu den Streichungen, die die Bezirksbehörde da auf Grund „höheren Auftrages“ vorgenommen hat sucht, ist es notwendig, einiges zur wirtschaftlichen Lage des Bezirkes Brügg-Oberleutensdorf zu sagen:

Die Produktion dieses Gebietes erhält ihren Stempel vom Braunkohlebergbau aufgedrückt. Von der wirtschaftlichen Lage der Bergproleten hängt in den meisten Fällen auch die der gesamten Handelswelt und des kleinen Gewerbes ab. Die Bergarbeiter stellen das weitaus größte Kontingent der gesamten industriellen Arbeiterschaft dieses Gebietes. Wie sieht es nun um die Lage dieses Proletariats aus.

Seit dem Jahre 1929, dem Beginn der Wirtschaftskrise, verfahren die Bergarbeiter keine vollen Schichten mehr.

Wenn es die Anfangsmonate auch noch ging: Seit mehr als zwei Jahren ist der Schichtdurchschnitt per Woche drei; gerade die Hälfte des früheren Verdienstes, der schon nicht zureichte, den Bergproleten ein auskömmliches Dasein zu sichern. Der Durchschnittsverdienst eines Regie-Bergarbeiters bei dreischichtiger Arbeit, sind 85 bis 90 Kronen wöchentlich, bei einem Akkordarbeiter bei derselben Anzahl der Tage 130 bis 140 Kronen. Die Bergarbeiter haben meistens große Familien, der Durchschnitt sind 3-4 Kinder. Wie diese Familien da leben sollen, ist vielen unverständlich. Der Bergbetrieb erfordert die Konzentration nicht nur der körperlichen, sondern vor allem der geistigen Kräfte, weil die Gefahren unendlich groß sind.

Besonders in den rationalisierten Gruben werden die Nerventräfte sehr rasch verbraucht.

Wo die Bergarbeiter bei den geschätzten Verdiensten die Kräfte hernehmen sollen, bleibt jedem, der nicht Einsicht in die Art ihres Lebens hat, ein Rätsel. Aber außer dem Gehalt der Not, steht vor ihnen ununterbrochen die Gefahr der vollkommenen Arbeitslosigkeit. Auf den einzelnen Gruben werden fortlaufend Leute entlassen. Keinen Tag ist der Bergarbeiter sicher, daß er die Kündigung erhält.

Wäre es nun ein Verbrechen, wenn die Vergleute mit diesen Verdiensten als Kurzarbeiter die Ernährungsaktion in Anspruch nähmen?

Wenn man bedenkt, daß ein Regiebergarbeiter in einem Monat durchschnittlich 350 Kronen verdient und an Mietzins, wenn er eine Mieterschußwohnung hat, die auch nicht jeder besitzt, 50 Kronen bezahlt, bleiben ihm für seine mehrköpfige Familie 10 Kronen täglich zum Leben. Was er davon kaufen kann, vermag sich jeder selber auszurechnen. Ist es ein Mißbrauch der Fürsorgeaktion des Gemeindefiskus, wenn ein Mensch, der für eine größere Familie 10 Kronen täglich zur Existenz hat, versucht in den Bezug der Unterstützung zu kommen? Hat je einer aus dem Bürgertum, der über den „Mißbrauch“ der Aktion zeteret, es versucht, samt seiner Familie mit einem derartigen Betrage zu reichen und dabei in seinem Dienstverhältnis täglich das Leben zu riskieren? Das also sind die Kurzarbeiter, die man aus der Aktion ausgeschlossen hat. Und das ist auch der angebliche Mißbrauch, der mit den Karten getrieben wurde. Den Kohlenbaronen schenkt man Millionen Kronen an Steuern, die Selbstverwaltungskörper, müssen das Geschenk das der Staat ihnen zu wiederholtenmalen schon in Form von Steuererhöhungen machte, bezahlen. Da schreiben die bürgerlichen Blätter nicht von Mißbrauch des Staatsfiskus; da reden sie auch nicht von der Notwendigkeit einer Kontrollaktion.

Wie sieht es denn weiter mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft dieses Gebietes aus? Im Brügger Gebiet gibt es zwei Metallfabriken, von denen die eine, das Emailierwerk „Ephing“ schon nahezu ein Jahr lang vollständig stillgelegt ist und das Stahlwerk, das schon zwei Jahre lang verkürzt arbeitet. Immer sind die dort Beschäftigten 6 Wochen in Arbeit und sechs Wochen im Bezug der Unterstützung. Die anderen Metallfirmen, bis auf das Elektrizitätswerk, sind Kleinbetriebe, die nur wenige Mann beschäftigen. Die Porzellanfabrik Epig hat den Betrieb radikal eingeschränkt, hat die Löhne abgebaut und die dort erzielten Verdienste spotten jeder Beschreibung. Die „Ricometel“ arbeiten verkürzt, die Löhne sind abgebaut und abgebaut ist auch die Belegschaft. Für die Frauen der manuellen Arbeiter bietet sich infolge all dieser Betriebseinschränkungen keine wie immer geartete Arbeitsgelegenheit mehr, so daß sie, die früher zur Ernährung der Familie beitragen, nun

latentlos zusehen müssen, wie ihre Familien zugrunde gehen.

Diese Frauen versuchen nun dadurch zur Erhaltung der Familie beizutragen, daß auch sie sich bei den Vermittlungsanstalten als Arbeitssuchende eintragen lassen und die Unterstützung aus der Ernährungsaktion beziehen. Hier muß wiederum die Notwendigkeit gefragt werden:

Ist es ein Mißbrauch der staatlichen Unterstützung, wenn eine Frau die früher verdient hat und nun arbeitslos wurde, die Unterstützung bezieht?

Oder glauben die Herren Agrarier und die anderen Quertreiber gegen die Aktion denn, daß es genügt, wenn der Mann mit einer vierköpfigen Familie zwanzig Kronen staatlicher Unterstützung für eine Woche bezieht? Nehmen wir an, daß diese Familie zwei Kinder hat, das sind vier Personen mit einem monatlichen Einkommen von 80 Kronen. Wenn man noch gar nicht rechnet, wer ihnen den Mietzins zahlt, der in vielen Fällen mehr ausmacht, als sie überhaupt Unterstützung erhalten, verbleiben ihnen

pro Person und Tag 50 Heller zur Befreiung aller Lebensbedürfnisse.

Das ist kaum ein viertel Laib Brot. Wir haben das als Notstandsgebiet weit über die Bezirksgrenzen hinaus bekannte Erzgebirge.

Menschen, die sich noch nie richtig sattessen konnten.

Gerade im Erzgebirge haben die Menschen bisher von den von den Kommunisten so beschimpften „Beitelluppen“ vollkommen ihr Leben gestrikt. Auch hier gibt es viele Menschen, die früher für die einzelnen Holzwarenbetriebe Heimarbeit leisteten und die nun nach den neuen Verfügungen nicht den Nachweis erbringen können, daß sie seit dem Jahre 1929 in irgendeinem Arbeitsverhältnis standen. Im Erzgebirge gibt es Spielwarenerzeuger, die bei harter Arbeit, wenn sie noch das Glück hatten, für ihre Waren Abnehmer zu finden, doch einige Kronen verdienten. Für diese Leute verlegte nun in der Wirtschaftskrise ihre letzte Einkommensquelle Unterstützungsbeihilfe nach den grauen Bestimmungen sind sie nicht.

Ist es eine mißbräuchliche Beziehung von Arbeitslosenunterstützung, wenn diese Leute, die früher schon im Höchstfalle per Woche 35 bis 40 Kronen verdienten und nun kaum mehr die Hälfte erreichen, sich in den Bezug der Lebensmittelkarten aus der Ernährungsaktion setzen?

Eine andere Kategorie von Menschen sind die Bergarbeiterprovisionisten, die in den meisten Fällen ganz geringe Renten beziehen. Alle diese Menschen haben, um mit den Familien das Auskommen zu finden, sich nach ihrer Entlassung aus dem Bergbau, bzw. nach ihrer erfolglosen Provisionierung, eine andere Arbeit gesucht, die außerhalb der Bergbetriebe lag. Infolge der Wirtschaftskrise, haben sie diese Arbeitsplätze verloren. Ihre Provisionen bewegen sich in der Höhe zwischen 100 und 200 Kronen monatlich, in den seltensten Fällen darüber. In den meisten Fällen haben sie für Familien zu sorgen, oder haben sie arbeitslose Kinder zu Hause, die essen wollen. Ist es ein Verbrechen, wenn diese Leute mit einem rund zweihundert Kronen betragenden Monatseinkommen die Unterstützung beziehen?

Ist es Staatsbetrug, wenn die Menschen sich wehren, zu verhungern?

Wir haben noch andere konkrete Fälle: Ein Gewerkschaftscollega bezieht Unterstützung nach dem Center System. Nach Abzug der Beitragsmarkte gelangen an ihn wöchentlich etwa sechzig Kronen zur Auszahlung. Im Monat ist das ein Gesamteinkommen von 250 Kronen. Der Mann hat für eine vierköpfige Familie zu sorgen und muß monatlich 170 Kronen Wohnungsmiete bezahlen. Es verbleiben ihm per Woche 20 Kronen für vier Personen zum Leben. Das sind

täglich etwa siebzig Heller pro Person.

Ist es ein Staatsbetrug, wenn diese Menschen

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhric

(Verlag „Der Volksfreund“, G. m. b. H., Berlin SW 61.)

Welche Mühe wird es noch kosten, die Beendigung der Krise zu erzwingen und der Kirche ein einziges rechtmäßiges Oberhaupt zu geben! Die Einheit muß her! Gelingt diesem Konzilium die Reformation der Kirche nicht, so fällt alles auseinander, alles! Und jetzt, wo durch mich der Grund gelegt ist zu einem neuen Bau und einer neuen Stadt, jetzt soll ich sentimental werden und mir den Plan verweigern lassen von einem Magister, der größtenteils geworden ist, weil er meiner Schwägerin Beichte hören durfte. Nein, wer mir jetzt noch entgegentritt und mein Werk behindern will, den zertrete ich!

Sigmund schweigt.

Der Pfalzgraf zögert mit einer Antwort. Er kann zwar Sigmunds Gesicht im Dunkel nicht erkennen, aber etwas in der Stimme des Königs hat ihn stutzig gemacht. Weiß Gott, er, Ludwig, des Reiches Ertruchsel, ist doch auch kein heutiger Gase, er hat mancherlei Wind der Welt sich um die Ohren wehen lassen, er versteht es, auch in verschlossenen Gesichtern zu lesen, aber wenn der eben gebürte Ton echt ist, so hat er sich bisher von Sigmund schwer täuschen lassen. Steht hinter dieser Gestalt, die in allen Farben schillert, die alles aus dem Handgelenk zu lösen scheint, die leichtfertig ist, listig, verlogen, die oft dreist und unverschämmt ist, die alles auf den eigenen Vorteil hinarbeiten versteht, steht da wirklich mehr dahinter, als nur der Drang zu glängen, zu genießen, mitzunehmen? Steht da wirklich ein Wille dahinter, der weiter zielt als immer nur die zehn Ellen des nächsten Tages? Dann eine Kiepe voller Hochachtung! Dann hat er, der Pfalzgraf, noch allerlei zuzuhören, schon um diese Täuschung weitzumachen.

„Was schwebt dir letzten Endes vor, wenn sich

fragen darf?“ Rechtmäßig heiser klingt des Pfalzgrafen Stimme durch das Dunkel.

„Eine geeinte Christenheit und ich, der römische König, Kaiser und Schutzherr der Kirche!“

„Ein großer Plan, Neffe, ein guter Plan! Ich wünsche dir, daß er gelinge. Doch ein Rat sei dir bei dieser Arbeit in den Helm gelegt!“

Sigmund nähert begierig den Kopf.

„Wer sich an die Kirche lehnt, dem fällt allzu leicht ein Hage auf den Kopf!“

„Wie meinst du das?“

„Nicht anders, als ich's gesagt habe!“

Mit viel Geschmaß steht der Pfalzgraf auf, wie ein Mann, den die Hölle des Teils drückt. Folternd schiebt er den schweren Sessel zurück.

„Es wäre Zeit, daß hier hell wird!“

Sigmund rührt die Klingel.

Schritte. Mit häßlichem Quietschlaut geht die Türe auf. Ein silberner Leuchter redt sich herein, seine drei Flammen bespielen einen sich neigenden Braukopf.

Blinzlend sagt Sigmund: „Schaffner, hierher mit dem Licht!“

10.

Seit die Herren Kepla, Wenzel von Duba und Ziska von ihrem Besuch bei Hus zurück sind, versteht man in der steinernen Kirche sein eigenes Wort nicht mehr.

Im großen Saal geht es zu wie in einer Judenschule.

Von den zwanzig Herren, die beisammen sind, schreit jeder auf den andern ein, laustimmig, handhüchelig, als ob alle schon Stundenlang beim Weine lägen und nun gegenseitig die Taubheit des Trunkes übergeben müßten. Dabei steht weder Ranne noch Becher auf den Tischen.

Dus hat sie in Raufsch und Aufruhr verjagt, Keplars ergriffene und ergriffende Schilderung der letzten Begegnung. Er hat von der Ungebundenheit und Standhaftigkeit des Magisters berichtet, aber

auch von dem Strom bitterer Tränen, der ihm über die bleichen, abgezehnten Wangen floß. Doch auch von Husens Hoffnung und Zuversicht hat er berichtet, von seinem letzten Wort: „Ich habe das Beträuen, daß mich der Allmächtige aus meiner Feinde Hände retten könne!“

Nun ist diese seltsame Atmosphäre da, die überlebende Seelen um sich verbreiten, jene erregte, geheimnisvoll geladene Luft, gleichermassen geeignet zur Hervorbringung großer Dinge als auch großer Verirrtheiten.

Der Esel steht an der Türe, schießt Kopfes, irgendeines Jurufs, irgendeines Befehles gewärtig. Doch keiner der ausgereizten Herren denkt daran, daß hier ein alter Knechtgrüden mit derselben Anbrunn auf einen Antrag wartet, wie ein winselnder Hund auf eine Liebeslösung.

Vor dem Herd in der Küche sitzt Luzia, untätig die Hände im Schoße, und lauscht auf das Stimmengewirr, das bald lauter, bald leiser durch die hölzerne Zwischenwand herüberdrönt.

Eine dunkle Kummernis bedrückt sie. Sie möchte weinen und weiß nicht, warum. Sie möchte sich mit den Nägeln ins Fleisch fahren, tausend Schmerzen empfinden, und weiß nicht, warum. Sie möchte sich auf die Erde werfen, möchte sich mit ihrem Gesicht, wie eine Verzweifelte, tief, tief in die Erde einwühlen und weh nicht, warum. Schauer, behängt mit schmerzhafter Last, pocht ihr das Herz im Leibe.

Doch, wenn sie aus dem Wortschwall von drüben Ziskas Stimme aufstiegen hört, wird ihr auf einmal trüber zu Mut und leichter. Sie versteht zwar nicht, was der Ritter sagt. Aber schon der bloße Klang seiner Stimme tut ihr gut. Selbst wenn er ihr Todesurteil spräche, wäre ihr dies Luft. Rein körperlich wird sie von dieser Mannestimme gepackt. Wieder ist das gleiche Gefühl da, wie bei der ersten Begegnung: von starken Armen aufgehoben und in irrenden eine Zeligkeit hincingetragen zu werden. Ewig hätte sie dieser lieben Stimme zuhören mögen,

die so kraftvoll und entschieden schließlich das Durcheinander bändigt.

„Ruhe, lieben Brüder und Freunde! Ihr habt gehört, was Herr Kepla berichtet. Jan Hus wird fest bleiben, fest bis in den Tod. Doch, was soll uns sein Tod? Es ist wichtiger für uns und unser böhmisches Land, daß der Magister lebe. Er selber dürstet nach Leben. Ihr habt vernommen, daß er auf Errettung durch Gottes Allmacht vertraut. Ich weiß, Gott kann alles, sagen die Priester. Aber als Kriegsmann sage ich: Gott hat nichts dazugewagt, wenn der Mensch seinen göttlichen Abfichten ein wenig entgegenkommt. Ich habe schon heute, gleich nach meiner Ankunft, gesagt und sage es wieder: die Rettung des Magisters liegt bei uns und nur bei uns, nirgendwo anders. Zu seiner Befreiung hatte ich drei Wege vorgeschlagen: den des Gesetzes, den der List, den der Gewalt. Der des Gesetzes, ist, ihr habt es gehört, unfruchtbar zu Ende gegangen. Welchen übrig die beiden andern. Hier meine zwei Brüder, Brüder! Links halte ich List und Anschlag, rechts nichts als Gewalt. Was wollt ihr? Zögert nicht! Wählt!“

Wieder geht das Töden des Wortes los; das hallt wie Holzhackenart in den Tannen.

Wieder schreien zwanzig Stimmen aufeinander ein. Zwanzig Gesichter erhitzen sich. Meinung steht gegen Meinung im Streit. Aber wieder ist die junge klare Stimme Petr Chelčichs da, die den Lärm durchstößt und zerreißt, wie der Sonnenadler mit seinem Fittich die wallenden Dünste der Tiefe:

„Herren, ihr schreit herunter von dem stolzen Turm eurer Ritterhaft! Eure Augen sind so nah an Schwert und Harnisch gebunden, eure Ohren so verflissen auf der Waffenslang, daß ihr dierhalb nichts anderes mehr sehen und hört! Dabei steht in der Biblia, jenem Buch, das Jan Hus über alle Bücher der Welt stellt, groß und deutlich das Wort: Wer das Schwert führt, der wird durch das Schwert umkommen!“

(Fortsetzung folgt.)

nach die Karten aus der Ernährungsaktion bezogen haben? Kann man da von einem Mißbrauch reden?

Wir haben einen Fall erhoben, wo ein Kriegsinvalide eine Monatsrente von zweihundert Kronen bezieht. Er hat hier eine vierköpfige Familie zu sorgen und an Wohnungsmiete monatlich 100 Kronen zu bezahlen. Wie lang er schon arbeitslos ist, geht daraus hervor, daß er von seinem Verbands ausgestellt ist. Weil ihm monatlich diese hundert Kronen für vier Personen übrig blieben, stellte man ihm die Unterstützung aus der Ernährungsaktion ein. Das ist das humane Vorgehen der Brüder Gen. Darmexie bei den Erhebungen. Wir haben noch andere Fälle von den Landgemeinden. Arbeitslosen Pärchen, deren Vater zwei Strich Feld besitzt, hat man die Unterstützung weggenommen. Saisonarbeitern, die im Winter nichts haben, die aber auch den ganzen Sommer über nie voll beschäftigt waren, nahm man ebenfalls die Unterstützung weg. Auf diese Art der Kontrolle hat man die 1500 Kurzarbeiter und Arbeitslosen die „unberechtigter“ Weise die Unterstützung bezogen haben sollen, zusammengebracht.

Es wäre eine Kontrolle möglich gewesen! Der Brüder Bezirkshauptmann hätte den von der Bezirksvertretung gewählten Arbeitslosenausschuß in Tätigkeit setzen sollen. Er wurde in den zwei Jahren der Arbeitslosigkeit einmal, und zwar zur Konstituierung einberufen. Sonst hat die Bezirksbehörde alles allein gemacht.

Die Vertreter der Arbeiterschaft wurden nicht gehört.

Alle Entscheidungen traf die Bezirksbehörde nach eigenem Ermessen. Dann kommt man und schreit von der Schuld der Arbeiterschaft! Wenn jemand an diesen Übergriffen, soweit solche doch vorgekommen sind, Schuld trägt, ist es die Bezirksbehörde.

Die vom Ministerium für soziale Fürsorge erlassenen Weisungen über die Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Durchführung der Ernährungsaktion hat man vollkommen außer acht gelassen.

Den Auftrag des Innenministeriums aber, der gegen den sozialdemokratischen Minister und gegen die Arbeitslosen gerichtet war, hat man bis in die letzte Konsequenz befolgt. So sieht man auch hier, daß die Bezirksbehörden einen großen Teil der Schuld tragen. Wenn die tschechischen Plätter dieser Aktion den nationalen Charakter vorwerfen, werden wir einmal mit ein paar Beispielen aus den tschechischen Gemeinden des Brüder Bezirkes aufwarten. Daraus wird dann ersichtlich werden, wer denn dabei benachteiligt wurde. F. K.

Die tschechische Sozialdemokratie für Dr. Gzech.

Das „Pravo Lidu“ bespricht in seiner jetzigen Nummer ausführlich die Angriffe der tschechisch-bürgerlichen Presse auf Genossen Dr. Gzech und schlägt den betreffenden Artikel wie folgt:

Wir lehnen ab und verurteilen die unbegründeten Angriffe der Presse der antisozialistischen Parteien auf den Minister Genossen Dr. Gzech, der die Agenda des Ministeriums für soziale Fürsorge musterhaft und mit größter Gewissenhaftigkeit und Opferfähigkeit führt. Gegen den Ruf nach strengster Kontrolle der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen haben wir nichts einzuwenden, im Gegenteil, wir verlangen, daß alle Staatsausgaben auf das strengste kontrolliert werden, insbesondere die Subventionen, die tatsächlich unkontrolliert vom Landwirtschaftsministerium ausgezahlt werden. Wir haben das lebendige Interesse an der richtigen Wirtschaft mit Staatsgeldern, da wir für möglichste Sparsamkeit sind, aber niemals werden wir für Sparsamkeit nach dem Rezept der Gegner der Arbeitslosenunterstützung sein, welche ohne Grund auf einen sozialdemokratischen Minister Angriffe deshalb richten, weil er ehrlich und opferbereit sich darum kümmert, daß die unschuldigen Arbeitslosen nicht Hungers sterben.

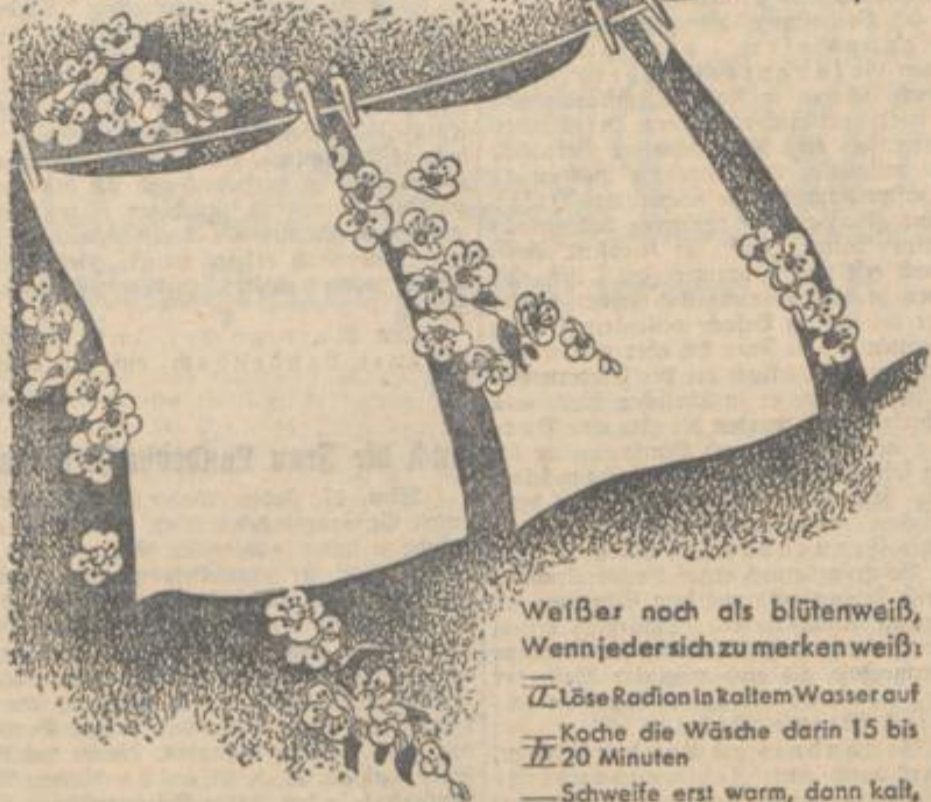
Aus dem Internationalen Metallarbeiterverband.

Mitgliederzuwachs trotz Krise. — Fast 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos oder Kurzarbeiter.

Das Jahr 1931 brachte dem Internationalen Metallarbeiterverband (Komolau), wie wir dem Fachblatt dieses Verbandes entnehmen, trotz der schweren Krisenzeit, der Massenarbeitslosigkeit und den damit verbundenen Auscheiden vieler Arbeiter aus dem Produktionsprozeß einen großen Mitgliederzuwachs. Dieser Zuwachs beträgt am Jahresabschluss 2024 Mitglieder, was gleich ein deutliches Zeichen dafür ist, daß sich der Verband in den Kreisen der Metallarbeiter eines stets wachsenden Vertrauens erfreut, weil der Verband immer am Platze ist, wenn es gilt die Rechte der Metallarbeiter zu verteidigen.

Demselben Blatte entnehmen wir, daß im letzten Quartal des Jahres 1931 eine weitere Steigerung insbesondere der Zahl der gänzlich Arbeitslosen zu verzeichnen ist. Nicht weniger als 26,7 Prozent der Mitglieder (gegenüber dem dritten Quartal um 6 Prozent mehr) waren vollkommen arbeitslos, die Zahl der Kurzarbeiter betrug 37,1 Prozent und ist um 2 Prozent gestiegen. Besonders groß ist die Steigerung im Dezember. Am 31. Dezember 1931 waren 32,2 Prozent der Mitglieder des Verbandes gänzlich und 37,4 Prozent teilweise arbeitslos. Am Ende des Jahres waren also von der Wirtschaftskrise 69,6 Prozent der Mitglieder unmittelbar betroffen. Dabei muß festgestellt werden, daß im Januar eine weitere Steigerung verzeichnet wurde.

RADION WÄSCHT ALLEIN UND...



Weißer noch als Blütenweiß, Wennjeder sich zu merken weiß: Löse Radion in kaltem Wasser auf Koche die Wäsche darin 15 bis 20 Minuten Schweife erst warm, dann kalt, bis klares Wasser bleibt

WEISSER

RT 1 32

Auch Rumänien will „Sicherheit“.

Immer dieselben Phrasen. — Ghita immerhin für „moralische Abrüstung“.

Genf, 17. Februar. In der heutigen Vormittagsitzung der Abrüstungskonferenz entwickelte als erster Redner der finnische Außenminister Baron Friis-Koivinen den Gedanken, daß der Gesundheits „Friede durch Recht“, Friede durch eine internationale Organisation bedeute.

Als zweiter Redner kam als letzter Vertreter der Kleinen Entente-Staaten der rumänische Außenminister Ghita zu Worte. Er leitete seine Rede mit dem Hinweis auf die Hindernisse ein, welche sich der notwendigen Voraussetzung eines jeden Fortschrittes auf dem Wege zur Abrüstung entgegenstellen, nämlich dem Gefühl des Vertrauens zwischen den Staaten. Es ist ihm zu wünschen, daß mit der Zeit die Erinnerung an den Krieg schwindet. Aber durch den Sieg der Einen über die Anderen ist ein falscher Zustand, der durch Vertrauen ist, geboren, und in ihrem Rahmen ist eine Annäherung zu suchen. Redner wünscht, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise zumindest zur Klärung der Bedeutung dieser gegenseitigen Annäherung beitrage.

Einen weiteren Teil seiner Ausführungen widmet der Minister der Bedeutung der moralischen Abrüstung, welche von der Familie, der Schule und der Kirche ausgehen und sich namentlich auf die Presse und den Film beziehen müsse. Diesem Gedanken dient es kaum, wenn sie und in den Schulbüchern Geschäftsleuten gegen Nachbarstaaten vorkommen. Jedes Jahr nach dem Kriege geben wir Kindern alte Spielzeuge, in welchen der frühere Weltkrieg erst durch Kriegsbomben, Sanitätskolonnen und Schwerverletzte. Rumänien war das erste Land, welches in

seinem Strafgesetzbuch das Delikt der Kriegspropaganda eingeführt hat.

Hierauf beschäftigte sich Fürst Ghita ausführlich mit den französischen Vorschlägen, denen sich die rumänische Delegation gern anschließt, weil sie geeignet sind, nicht nur ein Instrument zur Sicherung des Friedens oder zur Erreichung desselben durch rasche Sanktionen zu bilden, sondern auch deshalb, weil sie hierdurch zum ersten Male der Völkerverbund mit einer wirklichen Kraft ausstattet, die alle Angriffsversuche im Zaune halten könne.

Dann erinnerte er an die besondere geographische Lage Rumäniens und an dessen Sicherheitsbedürfnisse. Rumänien könne zu einer Beschränkung seines Militärprogrammes nur in dem Maße schreiten, als es wirksame Sicherheitsgarantien erhält, die die Applikation des Artikels 10 und die Respektierung der Militärvorschriften der Friedensverträge betreffen. Rumänien könne sich seines Programmes nicht bogen, seine Armee bis zu jenem Niveau zu erneuern, das die Rücksichten auf den Schutz des staatlichen Gebietes erfordern, doch will Rumänien zum Beweis seiner Friedensliebe den auf Grund der bekannten italienischen Anträge zustande gebrachten Stillstand beibehalten. Seinen Willen, mit allen Staaten in Frieden zu leben, gebe Rumänien dadurch Ausdruck, daß es seine Bereitwilligkeit erklärt, allgemeinen oder regionalen Übereinkommen, die auf die Erhaltung des Friedens und auf die Abrüstung auf Grundlage der Sicherheit und gegenseitiger Hilfeleistung hinauslaufen, zu unterzeichnen. Schließlich warnt Ghita vor übereilten Arbeiten und empfiehlt, daß alle radikale Anträge vor der Hand bei Seite gelegt werden. Selbst der kleinste erreichte Fortschritt trage zur Beruhigung der Welt wirksam bei.

Die Regierungsbildung in Frankreich.

Paris, 17. Februar. (Sch. P.-B.) Wider Erwarten hat der Präsident der Republik heute niemand mit der Bildung der neuen Regierung betraut. So verlanct, daß der Präsident die Rückkehr Lardicus aus Genf, die morgen vormittag erfolgt, abwartet und erst nach einer Unterredung mit ihm seine Entscheidung treffen will. Die Abgeordnetenclubs der Mehrheit der zurückgetretenen Regierung Labals und besonders die Republikaner der Linken (die Gruppe Lardieu, die 64 Deputierte zählt) sollen ihre Unterstützung des künftigen Kabinetts davon abhängig machen, daß Lardieu weiter an der Spitze des Kriegsministeriums bleibt. Zahlreiche Abgeordnete würden an der Spitze der künftigen Regierung an Stelle eines Senators lieber eine Persönlichkeit aus den Abgeordnetenkreisen sehen, die weithin Vertrauen genießt, und nennen am Abend direkt den gewesenen Ministerpräsidenten Painlevé.

Die Wahlreform im Senatsauschuß.

Paris, 17. Februar. Der Senatsauschuß, der vom Plenum damit betraut ist, den am vorigen Freitag von der Kammer angenommenen Wahlreformentwurf zu prüfen, trat heute nachmittags zusammen. Nach kurzer Debatte lehnte er mit allen Stimmen der 19 anwesenden Ausschußmitglieder den Artikel 1 und Artikel 3 ab, der bestimmt, daß jener Abgeordnete im ersten Wahlgang als gewählt anzusehen ist, der ein Viertel der Stimmen der eingetragenen Wähler erhält. Artikel 2, betreffend das Wahlrecht der Frauen wurde herausgenommen und dem Sonderausschuß des Senats zugewiesen, der mit der Prüfung des Frauenwahlrechts betraut ist. Der Ausschuß beschloß, daß das Wahlrecht der Frauen, abgesehen von den übrigen Gründen, bei den heutigen Wahlen aus materiellen Gründen nicht in Betracht kommen könne. Der Artikel über die Wahlpflicht wurde einem Sonderberichterfasser zugewiesen. Der Senat neigt im Prinzip der Wahlpflicht zu, wird aber prüfen, ob es möglich ist, ihre gesetzliche Festlegung schon jetzt durchzuführen.

Abänderungsanträge zum Bankengesetz

von mehreren Seiten angekündigt.

Brag, 17. Februar. Im verfassungsmäßigen Ausschuß des Abgeordnetenhauses ging heute den ganzen Tag über die Generaldebatte über die Bankvorlage weiter. Nicht nur von der Opposition, sondern auch seitens verschiedener Koalitionsvertreter wurden für die Spezialdebatte, die morgen beginnen soll, verschiedene Abänderungsanträge angekündigt, die wieder erst Vereinbarungen innerhalb der Koalition bedingen. Unter diesen Umständen dürfte der Ausschuß wohl gezwungen sein, um eine Fristverlängerung anzusuchen.

Am Vormittag vernahm Osty (Sozialdemokraten) im Gesetz eine Regelung der Frage der Zinsspannung. Die diesbezügliche Ermächtigung an den Finanzminister sei gut, aber eine direkte Regelung im Gesetz wäre besser; aber auch die Ermächtigung dürfte keinesfalls auf dem Papier bleiben. Weiters fordert er Maßnahmen zur Verobachtung der Regie der Banken und schließlich für die Spezialdebatte Abänderungsanträge an.

Der tschechische Genosse Razel wendet sich dagegen, daß die Generaldebatte allzusehr von dem konkreten Problem abweiche. Wenn die Vorlage in der Öffentlichkeit Aufregung hervorgerufen hat, so nur deshalb, weil sie mit so viel Geheimnis umgeben war; das habe seinen Grund in verschiedenen persönlichen Eingriffen in die Verhandlungen. Von der technischen Seite der Vorlage werde kein Durst begehrt sein, aber die Zeit erfordere es, mehr den Inhalt der Vorlage als ihre Form zu werten. Der Standpunkt einzelner bürgerlicher Redner, daß die Eingriffe in das Bankwesen so vorgenommen werden sollen, daß sie niemandem schmerzen, ist unhaltbar. Was die vorgesehene Kündigung der leitenden Bankfunktionäre betrifft, so sei damit keineswegs eine Perfektion beabsichtigt, sondern eine strengere Auswahl der leitenden Bankfunktionäre, deren Annahmestellung eben auch Ausnahmemaßnahmen im Gefolge haben muß. Redner lenkt dabei die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die Tatsache, daß in einzelnen Staatsbetrieben die Exponenten von Staatsämtern sitzen und Tantiemen erhalten, obwohl die Betriebe passiv sind. In der Frage der Inkompatibilität hätte der Ausschuß jetzt Gelegenheit zu der großen Aufgabe, der Disziplin der politischen Parteien ein Ende zu machen und eine klare Entscheidung zu treffen, entweder durch Einkerbung der diesbezüglichen Bestimmungen direkt in die Vorlage oder durch einen Beschluß, daß der Ausschuß auf der Novellierung des Inkompatibilitätsgesetzes bedarre.

Dr. Ralas (Rep.) stellt sich auf die Seite der armen Bankdirektoren. Wenn der Staat bezüglich der Produktion auf dem privatrechtlichen Standpunkt stehe, und deshalb in sie so wenig wie möglich eingreife, so müsse man gleiche Vorsicht auch bei der Regelung des Bankwesens walten lassen, das mit der Produktion eng verknüpft sei. Die bürgerlichen Parteien hätten nicht die Absicht, die Bankdirektoren zu schämen, aber es gebe ihnen um die Sache. Wie könnte eine Anhalt zur Prosperität gebracht werden, wenn die führenden Faktoren in einem Fuß im Kriminal händen und nicht einmal ihre Erziehung gesichert sei. Die betreffenden Bestimmungen der Vorlage würden nur einen Versuch eines Geldwesens zur Folge haben und man werde sie daher sehr genau prüfen müssen. Bezüglich der Verteilung der Tantiemen stehe er auf dem Standpunkt, daß jeder Mensch für seine Arbeit entlohnt werden müsse. Auch er behält sich Einwände gegen einzelne Bestimmungen für die Spezialdebatte vor.

Am Nachmittag vertheidigte Koval (tsch. Merik.) den bekanntlich abweichenden Standpunkt seiner Partei in der Inkompatibilitätsfrage und deutet an, daß die ursprünglichen Bestimmungen über die Unvereinbarkeit von Verwaltungsratsstellen mit dem Abgeordnetenmandat nicht aus dem Finanzministerium hervorgegangen, sondern von ganz anderen Kreisen lanciert worden seien. Sobak (Nat. Dem.), der Sprecher der tschechischen Industriellenverbände, verlangt die Ausdehnung des Regresses auch auf die erste Sanierungsaktion und auf die Fälle, wo Banken Staatsanlagen erschleuten. Die Ermächtigungsklausel an den Finanzminister zur Übernahme der Garantie für die den Banken anvertrauten Mittel hält er für viel zu weitgehend. Gegen die Straffunktionen und die Haftungen der Bankfunktionäre habe er nichts einzuwenden, doch müsse auch die Verantwortlichkeit des Staates für die Organe statuiert werden, die er in sie zu konzierenden Institute entsendet. Er spricht sich für die Unvereinbarkeit des Abgeordnetenmandats mit Verwaltungsratsstellen aus.

Letzter Redner war Genosse Hadenberg, dessen Rede wir morgen ausführlicher wiedergeben werden. Mit einem Schlusswort des Finanzministers wurde dann die Generaldebatte abgeschlossen. In der morgigen Sitzung beginnt die Spezialdebatte, die ja bald aufzeigen wird, inwiefern und in welchem Tempo sich die in verschiedenen Fragen entgegenstehenden Meinungsdivergenzen der Koalitionsparteien überbrücken lassen werden.

Die nächste Plenarsitzung des Senats wurde für Mittwoch den 24. Februar 4 Uhr nachmittags einberufen. Auf der Tagesordnung steht der bereits vom Abgeordnetenhause vor Weihnachten genehmigte Ausschuß des sogenannten Steuerüberwälzungskommissars für zwei weitere Jahre, ein internationales Auffahrtabkommen und die Wahl eines Vizepräsidenten des Senats. Vorher findet um 3 Uhr eine Konferenz des Präsidiums und der Klubmänner statt.

Tagesneuigkeiten

Hotelier erschießt zwei seiner Gäubiger

Uesláb, 17. Feber. Wie aus Beles gemeldet wird, hat in einem dortigen Gasthause der Hotelier Menkovic aus Strumica seine Gäubiger, den Hotelier Djordjevic und den Betreuer einer Brauerei aus Uesláb, namens Mofilovic, niedergeschossen und dann Selbstmord verübt, indem er sich eine Kugel in den Mund schoß. Der dritte Gäubiger, ein Gastwirt aus Uesláb, namens Petrovic, erlitt dem Tode durch die Flucht. Menkovic war von seinen Gäubigern zu einer Ausgleichsverhandlung nach Beles berufen worden. Während der Unterhandlungen über die Regelung seiner Schulden zog Menkovic plötzlich einen Revolver und feuerte mit den Worten „Jhr bringt mich ins Grab“ auf seine Gäubiger.

120 km in der Stunde

auf der Strecke Berlin—Hamburg.

Berlin, 17. Feber. Mit Beginn des Sommerfahrplanes werden die R-D-Züge (Fern-D-Züge) auf der Strecke Berlin—Hamburg Höchstgeschwindigkeiten von 120 Kilometern entwickeln. Damit geht die Reichsbahn erstmalig in Deutschland den regelmäßigen Betrieb über die bisher in Deutschland zugelassene Geschwindigkeitsgrenze von 100 Kilometern, bzw. von 110 Kilometern bei Verwendung besonders schneller Bremsen hinaus.

Revolte im Erziehungsheim.

Strausberg, 17. Feber. Im Brandenburgischen Landeserziehungsheim Strausberg kam es in der letzten Nacht aus noch nicht geklärter Ursache zu einer Revolte der Insassen eines Schlafsaales. Die im Gartenhause untergebrachten Jünglinge, bei denen es sich um besonders schwer erziehbare junge Leute handelt, verbarrikadierten gegen Mitternacht die Tür zu ihrem Schlafsaal, demolierten die Möbel, schütteten die Strohsäcke auf und schichteten das Stroh zu einem Scheiterhaufen. Der Anstaltsdirektor versuchte vergeblich, auf die Jünglinge einzudringen.

Als zwei Polizeibeamte aus Strausberg erschienen, erschlugen die Jünglinge die Fenster-scheiben und machten Miere, durch die Fenster die Flucht zu ergreifen. Es wurde ein Feuerwehrlöschlauch herbeigebracht und Wasser gegen die Fenster geschossen.

Zwischen war das Ueberfallkommando eingetroffen, das die Jünglinge durch Schreckschüsse einschücherte, die Barrikaden besetzte, zehn der Rädelsführer verhaftete und ins Strausberger Polizeigefängnis einlieferete.

Staatsbeitrag zur Pensionsversicherungs-Rente für die Kriegsdienstzeit.

Die für viele Versicherte und Rentner der Pensionsversicherung der Privatangestellten (sowie Hinterbliebenen nach solchen) wichtige Frage der Zulassung des Staatsbeitrages auch für die in Vertrieben und Unternehmungen, die dem Kriegsdienstleistungsgesetz unterstellt waren, verdrachten Dienstzeiten hat noch immer keine endgültige Klärung gefunden. Der Allgemeine Angestellten-Verband, Reichenberg (Turnerstraße 27) als zuständige Fachorganisation der Versicherten, Rentner und Rentnerinnen der Pensionsversicherung hat deshalb in neuerlichen Eingaben an das Fürsorgeministerium, das Nationalarbeitsministerium und das Ministeriumspräsidium das Ersuchen wiederholt, eine endgültige Entscheidung dahingehend zu treffen, daß im Sinne des Gesetzes (§ 176 B.-G.) die Dienstleistungen in dem Kriegsdienstleistungsgesetz unterstellten Betrieben als „Militärdienst“ während des Krieges und sonach als Grundlage für die Gewährung des Staatsbeitrages zur Pensionsversicherungsrente anzuerkennen sind. Dabei hat der genannte Verband auch neuerlich das Ersuchen gestellt, bei jenen Witwenrentnerinnen, der Pensionsversicherung der Privatangestellten, deren Gatten bald nach Kriegsbeginn gefallen oder im Kriegsdienst gestorben sind, die ganze Kriegsdauer der Bemessung des Staatsbeitrages zugrunde zu legen. Diefem neuerlichen Einschreiten des genannten Verbandes ist im Interesse der davon betroffenen Versicherten, Rentner und Hinterbliebenen nach solchen dringend ein voller Erfolg zu wünschen.

Gemeindevahlen im Kladoer Bezirk. In 14 Gemeinden des politischen Bezirkes Klado wurden gestern die Wahlen für den 20. März d. J. ausgeschrieben. Unter diesen Gemeinden befinden sich Klado und die jüngste Stadt in der Republik, Krasnodar.

Eine Ohrfeige im Badischen Landtag. In der gestrigen Radmüttagssitzung des Landtages teilte der Landtagspräsident den Beschluß des Vertrauensmännerrats mit, daß der nationalsozialistische Abgeordnete Kraft, der den Zentrumsvizepräsidenten Hilbert in der heutigen Sitzung geohrfeigt hatte, mit Ausschluß für 60 Kalendertage zu bestrafen sei.

Die verbotene Uniformen. In Rothenburg (Schlesien) nahm die Polizei etwa 30 Nationalsozialisten wegen verbotener Umzüge und Tragens von Uniform fest. Die Nationalsozialisten hatten sich zur Verhöhnung eines SA-Heimes durch Oberleutnant a. D. Kuhn in Bremenheim eingefunden. Die Verhafteten wurden nach am Vormittag dem Chefschlichter in Görlitz vorgeführt.

Verhaftung des Mörders der Wiener Hausgehilfin.

Der Täter ein pensionierter Gefängnisaufseher!

Wien, 17. Feber. (N.) Die Polizei verhaftete gestern in den späten Abendstunden den 42-jährigen Franz Landenbach unter dem dringenden Verdacht die Hausgehilfin Anna Pübel ermordet und zerstückelt zu haben.

Zu der Verhaftung des gegenwärtig beschäftigungslosen, pensionierten ehemaligen Gefängnisaufsehers Franz Landenbach, geboren in Radonis, zuständig nach Wien, wird vom Sicherheitsbüro der Bundes-Polizeidirektion eine Reihe schwerer Verdachtsmomente mitgeteilt. Hausbewohner machten die Polizei aufmerksam, daß sie nachmittags Hilfe einer Frau aus der Wohnung Landenbachs vernommen hätten. Auf ihr Klopfen öffnete Landenbach erst nach geraumer Zeit, ließ aber niemanden in die Wohnung und sagte, daß er mit einer bei ihm zu Besuch weilenden Frau im Streit geraten sei, die Frau sich aber mittlerweile schon entfernt habe. Auch bei der Einnahme bei der Polizei sagte er in ähnlicher Weise aus. Im Sicherheitsbüro wurden bei ihm eine Verletzung an der Hand und Blutspuren an der Kleidung festgestellt. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand man eine große Kiste mit deutschen Früchten, ausgewaschenen Blutspuren und lichte Frauenhaare. Einen weiteren schweren Belastungsgrund ergab die Vergleichung der Schrift Landenbachs mit dem Schreiben an die ermordete Anna Pübel. Schließlich besteht sogar der Verdacht, daß Landenbach sowohl Anna Pübel ermordete, als auch möglicher Weise der Mörder der vor einigen Wochen ermordeten Witwe Wahr ist.

Im Geständnis gab Landenbach zu, die Pübel durch eine Zeitungsanzeige kennengelernt zu haben. Nach der zweiten Zusammentkunft am Donnerstag lud er die Frau in seine Wohnung ein. Dort erwiderte sie, daß Landenbach verheiratet war. Als er sie aufforderte, sich ihm hinzugeben, leistete sie stürmischen Widerstand und begann laut zu schreien. Landenbach habe nun Angst bekommen und verzeigte ihr, wie er sagte, einen „beruhigenden Faustschlag“, worauf sie zu Boden stürzte und liegen blieb. Er schlug dann weiter auf sie ein, bis sie tot war. Die Leiche bogam er dann zu zerstückeln und wickelte den Kopf in ein Papier und in ein Leinwand, die Beine und den Rumpf in der bereits früher angegebenen Weise ein. Nach der Tat legte er die Pakete unter sein Bett und verbrachte die Nacht mit seiner Frau in der Wohnung. Freitag früh habe er dann den Kopf der Pübel in die Donau geworfen. Sonntag früh begab er sich um etwa 6 Uhr auf den Westbahnhof, bestieg dort einen Personenzug und legte den Koffer mit dem Rumpf unter eine Bank. Sodann fuhr er mit den Kartons, in dem sich die Beine beson-

den, auf den Franz-Josefs-Bahnhof. Hier konnte er sich aber des Polers nicht entledigen. Er kehrte daher nach Hause zurück und vereinbarte mit seiner Frau einen Auszug. Nach 9 Uhr früh sei die ganze Familie ausgebrochen. Landenbach trug den Karton mit den Beinen im Rucksack. Als ihn seine Frau fragte, was er denn im Rucksack so schweres trage, erklärte er: „Das geht dich nichts an.“ Als sie auf dem Franz-Josefs-Bahnhof angekommen waren, gelang es Landenbach, sich auf einige Minuten von seiner Frau zu entfernen und sich des Kartons mit den Beinen zu entledigen. Dann setzte er mit seiner Familie den Auszug nach Hainbach fort. Landenbach erklärt weiter, Geld von der Pübel wieder erhalten, noch bei ihr gefressen zu haben.

Den Mord an der Justine Wahr leugnet Landenbach auf das Entschiedenste.

Auch die Frau Landenbachs verhaftet.

Wien, 17. Feber. Während Landenbach im ersten Geständnis dabei blieb, keine Raubabsicht gehabt zu haben, gab er am Nachmittag zu, daß er viel Geld für seine Bekanntheit brauchte und daß er im Laufe seiner Unterredung mit der Pübel in seiner Wohnung ihr das Geld entziffen habe. Landenbach gab noch an, daß er die Sparfassenbücher zertrüffelt habe. Die Kriminalbeamten haben jedoch heute in der Wohnung der Frau Landenbach einen Barbetrag von 1500 Schilling gefunden. Weiter wurde erhoben, daß am 12. d. M. auf den Namen Marie Landenbach in der ersten österreichischen Sparkasse ein Betrag von 1400 Schilling angelegt worden war. Außerdem wurde in einer Stellung des Geschäftes ein weiterer Betrag von 200 Schilling festgestellt. Ein Postinspektor eines Postamtes im fünften Bezirk gab heute an, daß ihm Samstag ein Mann erwidert und vier Tausendschillingnoten wechseln lassen wollte. Bei einer Gegenüberstellung erkannte der Postbeamte in Landenbach den fraglichen Mann. Im Laufe des heutigen Tages hat das Sicherheitsbüro auch Frau Landenbach in Haft genommen, da ihre Stellung zum Mord noch nicht geklärt ist. Im Laufe der Erhebungen hat sich auch der Verdacht ergeben, daß Landenbach auch den Raubmord an der Kanzleidirektorin Wahr im Dezember vorigen Jahres in ihrem Einfamilienhaus in Dörfing verübt hat. Landenbach wurde von allen in Betracht kommenden Angehörigen in der Angelegenheit Wahr als ähnlich bezeichnet, ein Zeuge behauptet sogar mit ziemlicher Bestimmtheit, in ihm den Besitzer der Frau Wahr wiederzuerkennen.

Personenzug überfährt Personenauto.

Ein vom Chauffeur Engelbert Waaz gelenktes Personenauto wurde bei der Bahnüberfahrt in Langenbrunn von einem Personenzug erfasst, mitgeschleift und vollständig zertrümmert. Waaz, der von der Sonne geblendet, die Bahnmarken nicht gesehen hatte, erlitt schwere Verletzungen und wurde ins Reichenberger Spital gebracht.

Blutige Zusammenstöße in Düsseldorf. Dienstag kam es in Düsseldorf zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Einige Vereitelte erhielten Stich- und Schußverletzungen. Die Polizei nahm rund 100 Personen fest. Das Parteibüro der Kommunisten wurde vorübergehend polizeilich besetzt.

Rassenkampf um Arbeitsplätze. In Jacksonville (Florida) veranstalteten 500 arbeitslose Europäer eine Streikdemonstration, in der sie die Forderung aufstellten, Regierungsarbeiter aus der Arbeit zu entlassen. Ein Europäer wurde bei einem Zusammenstoß mit einem Regier ernstlich verwundet. Die Polizei verhaftete drei Demonstranten und zerstreute die Menge.

Bahnbau in Russland. Eben wurde mit dem Bau der großen Eisenbahnstrecke, die Moskau mit dem Donezgebiet verbindet, begonnen. Die Strecke ist 800 Kilometer lang.

Offizier von einem Wachposten erschossen. Der 25-jährige Artillerieleutnant Gauß aus Halberstadt wurde bei einer Rinde durch den Munitionsschuppen in den bei Halberstadt gelegenen Hefenbergen von einem Wachposten nicht erkannt und angeschossen. Mit einem Unterscheidungszeichen wurde der Leutnant in das Palschader Militärspital gebracht, wo er starb.

Der Sheriff als Bankräuber. In Portland (Indiana) wurde vor einiger Zeit der Sheriff Ira Barton verhaftet, der angeklagt war, in dem Bezirk, in welchem er zum Gefängnis ernannt worden war, Verbrechen bei einem Bankraub geleistet zu haben. Dienstag erhielt er vom Richter die Bewilligung, in dessen Büro mit seinem Verteidiger sprechen zu dürfen, versuchte jedoch, auf dem Wege vom Büro zu entfliehen. Den Assistenten des Sheriffs schlug er mit dem Kolben eines Revolvers, der ihm ins Gefängnis eingeschmuggelt worden war, zu Boden, und schoß sodann auf der Flucht zweimal noch seinen Verfolger. Die Polizei konnte Barton jedoch wieder festnehmen.

Vor einem Bierstreik in Berlin? Nach dem Gastwirtsstreik in Hamburg droht nun auch ein Bierstreik in Berlin, wo die Gastwirte eine Herabsetzung insbesondere der Gemeindegeldzuschläge auf Bier anstreben. Die Reichsregierung



Wahrte erhielten eines Tages die Mitteilung, daß Balo plötzlich verstorben sei. In Trauerstimmung reisten die Verwandten nach Schwern. Zur Begräbnung kam es allerdings nicht. Der Tote lebte und erfreute sich bester Gesundheit. „Spahbügel“ hatten sich den mehr als seltsamen „Schery“ geleistet, seit Tod bekannt zu geben.

Polnische Städtepleite. Im Jahre 1931 sind nach einem Bericht des polnischen Städteverbands 60 polnische Städte und Gemeinden gezwungen gewesen, ihre Wechsel zu Protest gehen zu lassen. Die Wechselgläubiger haben in mehreren Fällen die Büromöbel der zahlungsunfähigen Stadverwaltungen plündern lassen.

Kapitalistischer Tiermessenmord. Vielleicht die ungeheuerlichste Tiermehel der Gegenwart stellt die Vernichtung der Wallfische zum Zwecke der Pelzgewinnung dar. Wallfische werden heute erlegt mit Harpunen, die geschossen werden aus Kanonen von besonders zu diesem Zwecke erbauten Dampfkanonen. Auf diesen Dampfkanonen wird auch zugleich das Zerlegen und Zerhacken der Tiere und das Abkochen vorgenommen. Im Jahre 1930/31 hatten sich 43 solche schwimmenden Transfabriken auf die Jagd begeben, dazu 292 andere Wallfischjäger. Der Stand der Tiere wird von Flugzeugen aus erkößt. 10 Transportschiffe, mit 11.000 Norwegern bemannt, waren tätig und die Zahl der erlegten Tiere betrug als 30.000. Diese Fabriksschiffe haben zum Teil eine ungeheure Größe, damit man das Riesentier an Bord ziehen kann. Ein Schiff, das in Belfast gebaut wurde, der „Kosmos“, hat eine Länge von 400 Fuß und einen Tiefgang von 53 Fuß. Die Größe der Tiere, unter denen der Blauwal der größte sein soll, erreicht daraus, daß schon ganz junge Wallfische, Wallfischkalber, mehr als 40 Fuß Länge haben. Ein aussergewöhnlicher blauer Wallfisch maß schon über 100 Fuß. Im Jahre 1931/32 hat keine Wallfischmehel in so großem Ausmaß stattgefunden, da von den Riesenfängen der Vorjahre noch genügend Delphine am Lager waren.

Vom Rundfunk Zoll auf Radiozeitschriften soll durch Regierungsverordnung befreit werden.

Zeit kurzem werden in der Tschechoslowakei alle Radiozeitungen aus dem Ausland der Verzollung unterzogen — eine Maßnahme, die nicht zuletzt die Arbeiterradio-Amateure und Hörer schwer trifft und mit Recht zu heftigen Protesten des „Freien Radiobundes“ und seiner Zweigstellen geführt hat. Macht doch die Zollgebühr für jede Zeitschriftennummer 1 bis 3 Kronen aus. Eine vom „Freien Radiobund“ veranlaßte Intervention im Finanzministerium hat dessen Erklärung herbeigeführt, daß diese schwer schädliche Verzollung in Wäde durch eine Regierungsverordnung befreit werden soll.

Sendestation in Marienbad. Das Post- und Telegraphen-Ministerium vergab bereits den Bau des Senders für den Flugplatz in Marienbad. Der Sender muß bereits vor Beginn der Saison in Betrieb sein. Die Antennen-Wüste, 50 Meter hoch, werden 150 Meter von einander entfernt sein. Die Station wird mit 800 W Energie arbeiten. — Außerdem wird ein Gebäude für die radiogoniometrische Station, bestimmt für die Feststellung der Lage der Flugzeuge gebaut. Der Kostenaufwand der Einrichtung beträgt circa 1.000.000 K. (N.)

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag.
 Prag: 11: Schallplatten. 12:30: Schallplatten. 18:20: Deutsche Sendung: Kinodokumente, Winter-sport im Erzgebirge. 19: Oper aus dem Nationaltheater. 22:30: Schallplatten. — **Freitag:** 18: Orchesterkonzert. 17:05: Kammermusik. 18:25: Deutsche Sendung: Dr. Holländer: Die Ruff der Antike. 19:30: „Cavalleria rusticana“, Oper von Mascagni. — **Berlin:** 19:10: Chorgebänge. — **Hamburg:** 20:15: Volkstümliches Konzert. — **Königsberg:** 20:15: Violinkonzert. — **Leipzig:** 19:30: Dresdner Streich-quartett spielt. — **München:** 21:45: Deutsche Musik der Gott.

hat bisher ihren Standpunkt zu dieser Forderung nicht mitgeteilt, verdanke aber diesbezüglich bereits insbesondere mit der bairischen Regierung, die in der Biersteuerfrage ein Referatberechtigt. Ebenso droht in Hannover ein Gastwirtsstreik.

Explosion. Bei La Corona ist ein fünf Kilometer von La Corona entferntes Dynamitlager einer Fabrikgesellschaft, das 1150 Kilogramm Dynamit enthielt, explodiert. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Durch unvorsichtiges Hantieren mit Feuer geriet die große Cellulosefabrik Rovarini in Mailand in Brand. In zwei Stunden brannte das Unternehmen vollständig auf. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Al Capone, der bekanntlich wegen Nichtbegleichung von Steuern verurteilt wurde und nunmehr seine Strafe im Gefängnis verbüßt, hat gegen den ihm vorgefertigten Zahlungsbefehl Berufung eingelegt, der ihm die Begleichung von 30.000 Dollar als Einkommensteuer vordrückt. In dieser seiner Berufung behauptet Al Capone, daß ihm irrtümlicherweise der Besitz von zahlreichen Gewerbsunternehmungen zugesprochen werde. Al Capone erklärt f. B. daß er keinen Anteil an dem Zinshaus der Posaadepflichter in Chicago beste.

Erdrödra. In Esp (Holland, Provinz Brabant) wurden 14 Schiffschuhläufer auf einer plötzlich losgebrochenen Eisscholle abgetrieben. Schon nach wenigen Minuten brach die Scholle auseinander, alle Schiffschuhläufer fielen ins Wasser. Zwei ertranken, die anderen wurden gerettet.

Millionen-Defraudant. Die Pariser Untersuchungsbehörde ersuchte die Berliner Kriminalpolizei um Hilfe bei der Fahndung nach dem Bankier Blaise aus Montpelier. Blaise wird wegen Unterschlagung von mehreren Millionen Francs fleckfleckig gerufen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß sich der Defraudant in Berlin verbergen hält.

13 Bände Ratuscha. Dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Potsdam, Landgerichtsrat Schardt, sind die Polizeisten über den Jüterbogger Eisenbahnattentäter Edoard Ratuscha zugegangen. Fernpolizeilichen Ermittlungen fallen acht Hauptbände und fünf Nebenbände; außerdem gehört zu dem Material eine größere Denkschrift der mit der Ratuscha-Untersuchung betraut gewordenen Berliner Kriminalkommissare. Ob zum Abschluß der Untersuchung gegen Ratuscha eine Vernehmung des vorläufig in Wien noch in Haft befindlichen Identitäts nach notwendig ist, steht noch nicht fest.

„Spahbügel“. Die Verwandten eines früheren Wohnbeamten Paul Weso aus Schwern in der

Urteilsberatung.

Trogkomödie in vier Szenen
von Leo Korten.

1. Szene.

Verhandlungsaal des Straßlandesgerichtes. Hinter dem Gerichtstisch von links nach rechts der Staatsanwalt, der Schöffe Edelhuber, im Privatberuf Buchhalter, der Botanik, der sich von Zeit zu Zeit einen innerlichen Ruck gibt, um nicht einzuschlafen, der Vorsitzende, der Schöffe Schwandner und der Schriftführer. Auf der Anklagebank: Johann Bewerks, Hilfsarbeiter, seit zehn Monaten arbeitslos.

Der Staatsanwalt: Der Angeklagte ist also geständig, die Heilfesteintragen auf seiner Arbeitslosenmeldungskarte ausgefüllt zu haben, damit der Irrtum des Amtes, das ihm durch sechs Wochen eine höhere als die ihm gebührende Unterstützung ausbezahlt hat, nicht aufkomme. Als erschwernend kommt in Betracht... (Seine weiteren Ausführungen verlieren sich in einem fast unverständlichen Rummeln.)

Der Pflichtverteidiger heit ein paar Worte von Notlage, widmet Urteil und so weiter vor sich hin, auf die niemand achtet und die er selbst nicht allzu ernst zu nehmen scheint. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Der Staatsanwalt stürzt sich zum Büfett seinen beiden Würsteln entgegen. Johann Bewerks wird abgeführt.

2. Szene.

Beratungszimmer. Der Vorsitzende entledigt sich seines Talar und seines Rodes, legt seine Zigarre in Brand und läßt sich schwer in seinen Sessel fallen. Die Schöffen müssen erst aufgefordert werden, Platz zu nehmen. Nicht so der Botanik, der alsbald in tiefen Schlummer verfiel. Der Schriftführer beigt gierig in sein Margaritendrot.

Vorsitzender: Ja, jetzt kommen die beiden Tage... Also da hab' ich heute einen Tag gehört. Den muß ich Ihnen unbedingt verlesen, meine Herren. Also, in ein Büro kommt ganz unvermutet der Chef. Die Leute arbeiten natürlich nie und der Buchhalter... (Er bemerkt, daß der Schöffe Edelhuber unangenehm ist und den Schöffen Schwandner in ein Gespräch über die Projektsache zu ziehen versucht.) Ja richtig, also was machen wir mit dem Bewerks? Wieviel geben wir ihm, meine Herren?

Schöffe Edelhuber (schüchtern): Ich sag' halt... Man liest so viel von unaufrichtigen Zwang oder wie man so sagt... Und der Mann hat doch eine Frau und zwei Kinder erhalten müssen... Von zwanzig Schilling in der Woche. Ich war fast für den Freispruch.

Vorsitzender (mit mitleidigem Vorwurf): Sicher heut' zum ersten Mal hier, net wahr? Also das sind doch, Sie entschuldigen schon, das sind doch typisch laienhafte Vorstellungen. Unwiderrücklicher Zwang, wo er doch die Arbeitslosenunterstützung bezogen hat. No, wo fämeten wir da hin. No und überhaupt...

Schöffe Edelhuber (die Stodung benutzend, verlegen): No, ich hab' halt nur g'meint, Herr Hofrat...

Vorsitzender (der längst wieder an andere Dinge denkt): Ja, also, daß ich mit meinem Wis' fertig werd'. Sie werden ihn natürlich wieder kennen, Herr Kollega. (Bemerkt, daß der Botanik schlüft.) Der kennt nämlich alle Witz... No, wo bin ich denn geblieben? Also,

Die freudigen Steuerzahler:



Alkoholsteuer jährlich in der C.S.R.

Staat, Länder und Gemeinden betrafen die Alkoholsteuern als eine unentbehrliche, bequeme Einnahmequelle und haben das größte Interesse daran, daß möglichst viel getrunken wird. Im Jahre 1931 betragen die Alkoholsteuern 775,000,000 Ks., das sind zehn Prozent der Steuereinnahmen (Spiritussteuer 420,000,000 Ks., Getränkesteuer 355,000,000 Ks.). Rechnet man noch die Landes- und Gemeindeförderung dazu so erhalten wir die Summe von einer Milliarde Ks., die freudig und freiwillig von allen, die Bier, Wein oder Spirituosen trinken, in den Staatskasseln gesammelt wird.

Da aber alle diese Getränke Alkohol enthalten, ein narkotisches Gift, ebenso wie Opium, Morphinum, Kokain, dessen Genuß bei vielen Menschen zur krankhaften Sucht führt und auch sonst schwere Schädigungen der Organe hervorruft, werden Jahr für Jahr Tausende Menschen Opfer der Rauschgetränke. Die Zahl der Alkoholkranken in der Republik ist nicht genau zu ermitteln, da keine Statistik geführt wird und Staat, Land und Gemeinden sich um die Opfer des Alkohols so gut wie überhaupt nicht kümmern. In der Tschechoslowakei gibt es nur zwei Trinkerberatungsstellen, in Prag und Brünn, und eine Heilstätte für Alkoholtrinker in Tuzel bei Teplice-Schönan. Gesuche von dreißig Frauen mußten abgewiesen werden, weil Frauen in die Anstalt nicht aufgenommen werden können. Das Gesundheitsministerium gab bisher eine präzisere Zahl von Freispielen, hat aber die Summe für Steuer fast herabgesetzt. Für die Unterbringung in einer Heilstätte kommen auch nur jene Fälle in Betracht, die einigermassen anschlussfähig sind, denn die Kosten sind immerhin hoch. Die Krankenversicherungsanstalten weigern sich in den meisten Fällen, die Kosten für die Behandlung Trunksüchtiger zu zahlen und so bleibt nur die Unterbringung in einer Irrenanstalt übrig. Wegen Ueberfüllung ist aber ein längerer Aufenthalt unmöglich, auch reisen die Alkoholiker die anderen Kranken oft durch ihr brutales Benehmen, schimpfen sie Narren usw. Sie selbst sind ja nach Entzug des Alkohols, wenn nicht andere Erkrankungen vorliegen, bald gesund und arbeitsfähig und trauen sich natürlich die Kraft zu, abstinent oder zum mindesten mäßig zu bleiben. Da sich aber die meisten Alkoholiker jeder Anstaltsbehandlung widersetzen — gesetzliche Maßnahmen für eine Zwangsheilung bestehen nicht —, legt die Entziehungskur viel zu spät ein und ist, da viel zu spät, ganz wirkungslos. Manche Trinker kommen einigemal im Jahr in die Irrenanstalt; Frau und Kinder sitzen auf, wenn der Vater aus dem Hause ist und jammern vor seiner Rückkehr. Die Erfahrungen in Deutschland und der Schweiz gehen dahin, für unheilbare, immer wieder rückfällige Trinker eigene Pflegeanstalten einzurichten, die durch die Arbeitsleistung der Trinker, sei es in Landwirtschaft oder gewerblichem Betrieb wenigstens zum Teil erhalten werden können. Der Schutz der Familie erfordert dringend die Errichtung solcher Pflegestätten für unheilbare Alkoholiker, auch aus volkshygienischen Gründen muß man sie verlangen, denn viele Kinder aus Trinkerfamilien sind geistig und körperlich minderwertig. Auch die Errichtung einer geschlossenen Anstalt für alkoholtrunkene Frauen ist nötig.

Solange die Staaten den Verkauf des narkotischen Giftes, rein oder verdünnt, in Form alkoholischer Getränke frei gestatten und Millionen an Steuern dadurch einnehmen, sind sie verpflichtet, für die Opfer des Alkohols und auch für deren Familien zu sorgen.

Vorsitzender (in einem Predigerston verfallend): Wir sind hier, um Gerechtigkeit zu üben, Herr Edelhuber, und wir müssen uns an das Gesetz halten... Und was meinen Sie, Herr Schwandner, Sie haben doch schon einige Progris in diesen Dingen.

Schöffe Schwandner (geschmeichelt lächelnd): Ganz wie Herr Hofrat glauben. Drei Monat' mücht' ich halt vorschlagen.

Vorsitzender: Das könnt' mer wochen. Und was glauben Sie, Herr Kollega?

Der Botanik (ver schlafen): Machen wir halt an Bierundfünftiger. Er war ja brav bei der Verhandlung. Drei Monat' verschärft, sagen wir halt... Mit der bedingten ist nix... Der Mann hat ja Vorstrafen...

Vorsitzender (abschließend): Also einverstanden? Drei Monat' verschärft... Außerordentliches Milderungsrecht. Damit tun wir dem Bewerks nicht zu weh... Verschärfung

Genossen! Ihr müßt un- ausgesetzt 18 2 die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, agitiert Genossen u. Genossinnen

öffentlicher Urkunden, ich bill' Sie. Ist doch keine Kleinigkeit.

Schöffe Schwandner: Herr Hofrat werden schon am besten verstehen...

Vorsitzender (schneidend wieder in Red' und Talar schlüpfend): Also nach Bodgastein fahr'n Sie heut, Herr Kollega? Ja, unweins kann sich das nicht leisten, wo man nur auf das Gehalt angewiesen ist... Also verstanden wir halt das Urteil. Jessas ist das langweilig heute... (Er drückt auf den Klingelknopf.)

Vorsitzender: Na so was. Jetzt hab' ich Ihnen den Wis' gar net zu End erzählt. Also... Ich hab' Ihnen schon hundertmal verbieten, sagt der Chef zum Buchhalter, bei der Arbeit zu pfeifen. Aber Herr Chef, sagt der Buchhalter, ich arbeit' ja nicht, ich pfeif' bloß... Ausgezeichnet, nicht, hababa... Und dabei typisch für die heutigen Verhältnisse.

3. Szene.

(Im Nebenzimmer.)

Johann Bewerks (zählt die Sekunden. Tausendvierzehn, fünfzehn, sechzehn...): Was die nur so lang zum Beraten haben... Wenn ich in den Arrest muß' tut sich die Mill' noch was an... (zählt im Geiste weiter: Tausendfünfzehn, sechzehn, neunzehn, zwanzig...)

Als der Angeklagte bei zweitausendsechzig angelangt ist, wird er wieder in den Verhandlungsaal geführt.

4. Szene.

(Verhandlungsaal.)

Vorsitzender: Steden Sie auf, Angeklagter! Im Namen der Republik! Das Landesgericht für Strafsachen... zu Recht erkannt... in der Dauer von drei Monaten, verschärft durch ein hartes Lager monatlich... Sie können binnen drei Tagen... berufen... können aber auch... Sie nehmen doch die Strafe an, Angeklagter?

Eine blaße Frau (ist im Publikerraum mit gelbem Aufschrei zusammengedrückt).
Vorsitzender: Machen Sie hier kein Theater! Die nächste Verhandlung!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Arbeitsgerichtsverfahren in der Slowakei und Podcarpatien Aus ist Gegenstand einer umfangreichen Abhandlung Dr. Ed. Bogners, welches in der ersten Nummer des „Arbeitsrechts“ Jahrgang 11, veröffentlicht ist. In derselben Nummer findet man eine Erörterung von Dr. Budnik: „Einige Worte zum Rechtsproblem der Kollektivverträge“. Wie gewöhnlich ist in dieser Nummer die gesamte Judikatur aus dem Bereiche des Arbeitsrechtes in zweckmäßiger Verarbeitung publiziert worden. Die Nummer schließt an: einer Erörterung über den Begriff „höhere Dienste“. Der Nummer ist ferner das Geset' mit der Fortsetzung des Archivs über das Sozialversicherungsgesetz beigelegt, in welchen die soeben erschienenen Regierungsverordnungen bezüglich der Tätigkeit der Arbeitsgerichte, ferner die Erlasse des Justizministeriums bezüglich der Organisation des inneren Dienstes dieser Gerichte veröffentlicht wurden.

Mars-Probleme.

Von Ziplipuhl.

Die gewaltige Halo-Universität am Mars war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Die Stimmung auch unter den zahlreich erschienenen Laien feierhaft erregt. Ging es doch um ein Problem, das alle interessierte: ob die erst kürzlich mit den stärksten Fernrohren entdeckten Bewohner des Planeten und Nachbarsterne Erde (in der Marsprache Trako genannt) vernunftbegabte Wesen seien. Prof. Jekt, der große Marsgelehrte und Entdecker der Mondbewohner leitete dies, während sein Kollega, der nicht minder bekannte Prof. Drefos gegenteiliger Ansicht war. Prof. Drefos behauptete sogar, daß die Erdenbewohner eine eigene Sprache und Schrift hätten, ja er gab vor, die Sprache der Erdenbewohner zu verstehen. Man kann sich die Spannung der Zuhörer vorstellen, als der große Gelehrte, begrüßt vom Beifall seiner Schüler, den Vortrag begann. „Die Erde wird von vernunftbegabten Wesen bewohnt“, führte er beiläufig aus, „die eine Sprache, ähnlich der unserer, sprechen, ja sogar Ansätze zu einer Technik zeigen. Zwar ist das Erreichte noch sehr primitiv (ein Mitarbeiter Drefos entdeckte z. B., daß die Erdenbewohner noch Luftfahrzeuge besitzen und die Verwendung der Sonnenstrahlen zum Güter- und Personentransport noch nicht kennen), doch ähnelt die Kultur der Erde in diesen Punkten der vorgeschichtlichen Marskultur, von der noch Ueberreste in den Marsmuseen zu sehen sind.“

Am nächsten Tage hielt eine neue Sensation die Marswelt in Atem. Prof. Drefos erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis seiner Theorie anzutreten und mit einer eigens hierfür konstruierten Raketenpatrone zur Erde zu fliegen. Im nach-

folgenden bringe ich eine auszugswiese Wiedergabe einiger Tagebuchblätter des großen Gelehrten, die von seinen sonderbaren Erlebnissen auf der Erde berichten.

Die Fahrt durch den Weltentraum — heißt es da — verlief sehr anregend. Wir konnten auch einige interessante physikalische Entdeckungen machen. In Erdnähe bemerkten wir z. B., daß es uns nicht mehr möglich war, wie wir es am Mars gewohnt sind, frei im Raume zu schweben. Wir hobten fest und konnten die Sohlen nur ganz wenig vom Boden heben. Die Menschen nennen diesen Vorgang — so erfuhren wir später — „Geben“ und die Kraft, die uns am Fliegen binderte, die „Schwerkraft“. Die Landung ging glatt vonstatten. Wir landeten in der Nähe einer großen Stadt (Berlin genannt). Nach Tarnung unserer Raketenpatrone gingen wir zu den ersten sichtbaren Straßen. In Fernumsnähe gerieten wir in eine Kauferei. Zwei Menschengruppen gingen mit wutverzerrten Gesichtern aufeinander los und schlugen sich blutig. Nach kurzer Zeit erschien ein anderer Trupp gleichgekleideter Menschen, Polizisten genannt und trennte die kämpfenden Parteien, wobei es ebenfalls nicht ohne Schläge abging. Wir erkundigten uns nachher nach dem Grund der Schlägerei. Man erklärte uns, daß jeder der beiden kämpfenden Teile politisch „anders orientiert“ sei. Die einen nennen sich Rationalsozialisten, die anderen Kommunisten. Den Grund der Schlägerei konnten wir nicht ganz genau ermitteln. Auf unsere Frage, ob es außer diesen beiden Parteien noch andere gäbe, führte man uns in ein großes Haus, in der Erdenprache „Parlament“ geheißen. Dort saßen in langen Reihen viele Männer, auch einige Frauen, während ein Mensch sprach. Als er zu Ende gesprochen hatte, begannen alle linksitzenden auf die Rechte zu schlagen und ein Wort zu rufen, das wie hui oder pfui klang, während die Rechts-

sitzenden die Handflächen aneinander schlugen, was man „applaudieren“ nennt. Unser Begleiter sagte uns, daß hier die Politik gemacht werde. Auf unsere Frage, was denn darunter zu verstehen sei, erklärte er, daß man so das Regieren auf Erden bezeichne. Hier im Parlament sitzen die Vertreter des Volkes und beschließen, während draußen die Befehle in die Tat umgesetzt werden. Uns schien diese Einrichtung sehr vernünftig, nur fanden wir es unbegreiflich, warum sich denn die Leute auch auf der Waise herumschlagen, wenn dies doch ihre gewählten Vertreter im Parlament für sie besorgen (Es folgt nun eine lange Abhandlung über das den Marsbewohnern unverständliche Erdenleben). Ganz unbegreiflich war ihnen z. B. der Zweck eines Sechstageremens, einer Schönheitskonkurrenz, der sie bewohnten und eines Boxkampfes. Die Berliner Aufzeichnungen schließen mit den Worten: „Die Kultur dieses Erdstriches scheint noch recht infantil zu sein. Sie weist verwandte Züge mit der Marsgeschichte vor ungefähr einer Milliarde Jahren aus.“ Der Professor und sein Assistent flogen weiter und kamen u. a. nach Genf, wo gerade die Abrüstungskonferenz tagte. Auch diese Tagebuchaufzeichnungen will ich, stark gekürzt, natürlich, wiedergeben: „Man sagte uns — heißt es da — daß die Abrüstungskonferenz den Roes habe, die Kriegstrüstungen (Ann. f. d. Marsbewohner: Kriegs wurden in prähistorischer Zeit auch am Mars geführt, sind jedoch mit zunehmender Kultur vollständig vermindert) zu verringern, so womöglich ganz abzuschaffen. Unergründlich blieb es für uns, warum unter den Vertretern der einzelnen Staaten bei der Abrüstungskonferenz so viele hohe militärische Würdenträger waren. Man sollte doch glauben, daß diese Soldaten nur Diener des Volkes sind. Scheinbar haben sie auf Erden ein viel selbständigeres Arbeiten als in der prähistorischen Marszeit und hängt es mehr oder

weniger von ihnen ab, ob Kriege geführt werden sollen oder nicht. Die Völker wollen keinen Krieg, sagten die Delegierten der einzelnen Staaten. Warum man also noch eine Konferenz brauchte — noch dazu, wo alle Nationen den Antikriegspakt unterschrieben haben — blieb uns gleichfalls rätselhaft. Scheinbar fürchten die Genes, um ihre Stellung zu kommen und fühlen sich bemüßigt, die diversen Vaterländer zu verteidigen, auch wenn niemand sie angreift.“

Die Abrüstungskonferenz war eines der vielen Erdenträse, die den beiden Marsbewohnern vollkommen unverständlich blieb. Nach einer eingehenden Prüfung der europäischen Zoll- und Grenzverhältnisse, der Nationalitätenfrage und Wirtschaftslage der verschiedenen Erdstaaten, der Hungersnot in China und der Reformen in Amerika, bei der die Farmer am Verhandlungstisch, nach einem kleinen Absteher auf den Sinesisch-japanischen Kriegsschauplatz, leitete Prof. Drefos und sein Assistent auf den Mars zurück und legte der Universität ihren Forschungsbericht vor. Dieser Bericht schließt mit den Worten: „Wir besinnen also, daß sich durch gründliche Studien an Ort und Stelle unsere Theorie von den „vernunftbegabten“ Erdenbewohnern als falsch erwies und schließen wir uns voll und ganz der Meinung unseres lieben Kollegen Professor Jekt an, daß die Erde von unvernünftigen Wesen bewohnt werde, die ein niedrigeres Niveau aufweisen als die Marsiere. Wir erlauben uns daher den Vorschlag zu unterbreiten, den Nachbarstern Erde mittels unserer neuen Weltkörperzertrümmerungsmethode zu vernichten, da er nur die Ruhe und Ordnung im Kosmos stört.“

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Die Resolution wurde für den Tag festgesetzt, an dem ein Teil der Erdenbewohner das sogenannte „Dritte Reich“ proklamieren wird.

